

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 848 ppbn d

## Inhalt

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB zum  
neunten Jahrestag der sowjeti-  
schen Invasion in Afghanistan:  
Das Land braucht Frieden!  
Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB zu  
den Fehlentwicklungen im  
Verfassungsschutz: Das Amt  
besser kontrollieren. (Teil II  
und Schluß)  
Seite 3

Ernst Waltemathe MdB zum  
Jahr 1988: Ein Rückblick in  
Sprüchen.  
Seite 5

43. Jahrgang / 245

22. Dezember 1988

### Afghanistan braucht Frieden

Zum neunten Jahrestag der sowjetischen Invasion

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

Am 27. Dezember 1988 jährt sich zum neunten Mal der Tag der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Fazit von neun Jahren Krieg - das ist die fast völlige Zerstörung eines Entwicklungslandes, das sind über eine Million Tote und Verletzte und einige Millionen Flüchtlinge. Eine wahrhaft traurige Bilanz.

Die UdSSR bleibt gefordert, den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan glaubwürdig zu Ende zu bringen. Die von unterschiedlichen Seiten betriebene Förderung extremer Positionen und Gruppen im Land hat Afghanistan letztlich geschadet. Das Aufheizen des Bürgerkrieges und die Waffenlieferungen, auch von seiten der USA, sollten gestoppt werden. Für 1989 ist zu hoffen, daß sich jene Kräfte zusammenfinden, die für ein wirklich freies, selbstbestimmtes und demokratisches Afghanistan stehen.

Der Rückzug der sowjetischen Truppen, der mit dem Abschluß des Genfer Afghanistan-Abkommens im April dieses Jahres begann und im Februar 1989 abgeschlossen sein soll, ist vorrangig auf drei Faktoren zurückzuführen:

Die völkerrechtswidrige Besetzung Afghanistans und das menschenrechtsverachtende Vorgehen der sowjetischen Truppen haben dem Ansehen der UdSSR in der Welt beträchtlichen Schaden zugefügt. Die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die EG, das Europäische und viele nationale Parlamente, darunter der Deutsche Bundestag, haben dieses Vorgehen wiederholt verurteilt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigung  
mit unserer Zustimmung  
Kopier-Freie



Eine weitere Rolle spielt die Neuformulierung der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow, der von der Strategie Abschied genommen zu haben scheint, die westliche Welt durch den Aufbau forcierter Bindungen zu Dritte-Welt-Ländern an den Rand drängen zu wollen.

Zum dritten ist es den sowjetischen Truppen nie gelungen, den Widerstand der beharrlichen Mudjahedin zu brechen, die ihrerseits von einer beträchtlichen amerikanischen Hilfe profitierten.

Doch der Truppenabzug allein kann das Land nicht befrieden. Dies zeigen die täglichen Meldungen über fortgesetzte blutige Kämpfe und Bombenanschläge. Genf hat weder das kommunistische Vasallenregime abgelöst noch die Waffenlieferungen an beiden Seiten gestoppt. Erst jetzt wird im vollen Umfang deutlich, daß der Krieg Extreme gefördert hat: Auf der einen Seite Nadjibullah, dessen Streitkräfte nach eigenen Angaben circa 400.000 Soldaten unter Waffen haben. Auf der anderen Seite stehen die fundamentalistischen Widerstandsparteien, die die Errichtung eines orthodoxen Religionsstaates anstreben und deshalb, ebenso wie die Kommunisten, die alte Stammesordnung am liebsten auf den Müllhaufen der Geschichte werfen würden. Sie erscheinen den meisten Afghanen - vor allem den Widerstandskommandeuren im Inland - ebenso fremdbestimmt wie das Regime in Kabul. Denn ihre Macht gründet sich auf eine massive Unterstützung durch Pakistan und den Westen.

Zwischen diesen beiden Fronten sind die gemäßigten Gruppen, die das Konzept einer föderativen Kollektivregierung vertreten, fast aufgegeben worden. Sie dürften aber für die Mehrheit der Afghanen die glaubwürdigsten Vertreter des Volkes sein. Die politische und kulturelle Tradition der afghanischen Vielvölkergesellschaft stand schon immer gegen Einheitsideologien.

Das von Gorbatschow vor der UNO unterbreitete Angebot einer Waffenruhe in Afghanistan von Neujahr 1989 an dürfte schwerlich zu verwirklichen sein. Solange in Kabul die von Moskau eingesetzten Marionetten herrschen, werden die Widerständler weiterkämpfen. Auch der sowjetische Vorschlag, die Waffenlieferungen einzustellen und eine UN-Friedenstruppe in Afghanistan zu stationieren, während eine neue Regierung gebildet wird, könnte in den Augen der Mudjahedin als bloße Hilfestellung für Nadjibullah interpretiert werden.

(-/22.12.1988/rs/ks)

\* \* \*

Das Amt besser kontrollieren (Teil II und Schluß)

Zu den Fehlentwicklungen im Verfassungsschutz

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB  
Mitglied des Innen-Ausschusses des Deutschen Bundestages

(IV.)

Geheimschutz nur soweit erforderlich

Demokratie verlangt Transparenz des staatlichen Handelns. Für Nachrichtendienste gilt deshalb der Satz: „So wenig Geheimniskrämerei wie irgendmöglich.“

Davon auszugehen ist, daß Geheimschutz grundsätzlich nur im operativen Bereich erforderlich ist, daß die allgemeinen Regeln für die Auftragsdurchführung des Verfassungsschutzes veröffentlicht werden. Außerhalb des operativen Bereiches darf die Einstufung eines Vorgangs als geheimhaltungsbedürftig nur durch den zuständigen Innenminister erfolgen.

Nur wenn die Bürger wissen, was der Verfassungsschutz tut, können sie sich ein Urteil bilden, ob er seiner Aufgabe, Freiheit und Demokratie zu schützen, gerecht wird, ob er als eine notwendige Einrichtung des freiheitlichen und demokratischen Staates anzusehen ist und die Bürger zu ihm „Ja“ sagen können. Je undurchsichtiger die Tätigkeit des Verfassungsschutzes für die Bürger ist, umso mehr entstehen Mißtrauen und Angst, Aggressionen und Aggressivität. Je geringer die Akzeptanz des Verfassungsschutzes in der Bevölkerung ist, umso größere Schwierigkeiten ergeben sich bei der Aufgabenerfüllung.

(V.)

Intensivere Kontrolle

Die nicht abreißende Serie von Skandalen, Übergriffen und Mißständen beim Verfassungsschutz zeigt, daß die Kontrolle verbessert werden muß.

Zu intensivieren ist insbesondere die innerdienstliche Kontrolle und die Kontrolle durch die Innenminister.

Aber auch die parlamentarische und die öffentliche Kontrolle muß verbessert werden.

Die Möglichkeiten zur parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle werden in dem Maße erhöht, indem überflüssiger Geheimschutz abgebaut wird.

Die parlamentarische Kontrollfähigkeit würde zunehmen, wenn die Parlamente den Geheimhaltungsforderungen der Exekutive nicht kritiklos folgen und entschlossener als bisher auch im Bereich der Nachrichtendienste ihr Auskunfts- und Kontrollrecht durchsetzen würden.

Darüber hinaus müßte die Kontrolle durch die parlamentarischen Kontrollkommissionen verbessert werden. Die parlamentarischen Kontrollkommissionen müssen aus der Rolle eines die Informationen der Bundesregierung bloß entgegennehmenden und nachvollziehenden Organs herauskommen und in den Stand gesetzt werden, eine eigene aktive Kontrolle durchzuführen. Das wäre möglich, wenn sie einem Beauftragten für die Nachrichtendienste Kontrollaufträge erteilen könnten und wenn diesem von den Nachrichtendiensten alle gewünschten Auskünfte und Unterlagen zur Verfügung gestellt werden müßten.

Eine unverzichtbare Hilfe bei der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste sind die Datenschutzbeauftragten, wenn auch nur in dem Umfang, der sich aus ihrer Kontrollbefugnis und aus ihren dahinter weit zurückbleibenden tatsächlichen Kontrollmöglichkeiten ergibt. Die datenschutzrechtliche Kontrolle der Nachrichtendienste durch die Datenschutzbeauftragten würde unerträglich eingeschränkt, wenn diesen entsprechend der Vorstellung der Bundesregierung und in der Koalition der Zugriff auf die Akten der Nachrichtendienste verwehrt würde. Die SPD wird sich derartigen Absichten entschieden entgegenstellen.

(VI.)

Die SPD war und ist der Auffassung, daß hinsichtlich der Rechtsgrundlagen für die Nachrichtendienste ein parteiübergreifender Konsens erforderlich ist. Wir müssen befürchten, daß die Koalition vollauf beschäftigt zu einem Konsens in ihren Reihen zu gelangen, nicht mehr die Fähigkeit und den Willen hat, eine Übereinstimmung mit der SPD zu erreichen.

Wir warnen davor, die Gesetze für die Nachrichtendienste und die Sicherheitsbehörden nach dem Motto „Mehrheit ist Mehrheit“ durchsetzen zu wollen. Das wäre nicht nur eine Belastung für die Sicherheitsbehörden und die Dienste. Das wäre auch eine Belastung unseres demokratischen Gemeinwesens, die ihm besser erspart bliebe.

Die SPD ist und bleibt Gesprächsbereit. Sie kennt ihre Mitverantwortung und ist bereit, dieser gerecht zu werden.

(-/22.12.1988/rs/ks)

Politikrisen 1988

Ein Jahresrückblick

Von Ernst Waltemathe MdB

1.) Allgemeines über Politik und Politiker

Politiker sind Pessimisten: Sie glauben, ohne sie werde alles schlechter.

Politische Kultur: Klärung statt Erklärung.

Sieht man sich die Welt an, so drängt es mehr Menschen zur Politik als Politiker zur Menschlichkeit.

Sind Journalisten nur deshalb so überheblich, weil sie die Arroganz von Politikern nicht ertragen können?

Viele Politiker lügen nur, weil die Wahrheit nicht publikationswürdig ist.

Die Waffen des Geistes treffen genauer als der Ungeist von Waffen.

Pazifismus ist das Mittel, mit dem Helden ihre Freiheit verteidigen. Waffen sind für Feiglinge erfunden worden.

Pazifisten finden Politik stark, wenn sie nicht auf Stärke setzt.

Ein Kommuniqué ist die Verkündung dessen, was nicht beschlossen wurde.

Für große politische Dummheiten wird Intelligenz benötigt. Schlichte Gemüter entscheiden ohne langes Nachdenken sofort richtig.

Jetzt von „Panorama“ endlich nüchtern bestätigt: Im Bundestag gibt es zuviel Geistiges.

2.) SPD

Wenn Vogel die Hüften fallen läßt, hat er nur noch Klarsicht.

Von Lafontaine sind die Fabeln beliebt, nicht die Gleichnisse.

Stellenanzeige: Anke Fuchs sucht Frau/Mann, die/der Bundeskanzler(in) werden möchte. Eigenbewerbung ist nicht ausgeschlossen.

In Baden-Württemberg siegte nicht der „neue Fortschritt“, sondern die Späth-Renaissance.

Die Quote verhindert, daß nur Frauen die Dummen sind.

Wird sich die Quote als Sieg der Frau Pyrrha erweisen?

Mit Glotz wurde der beweglichste Tanker an die Kette gelegt.

Bremen hat wieder einen gebildeten Senat.

**3.) CDU/CSU, F.D.P. und GRÜNE**

---

Kohl wird allmählich welk.

Blüm baut ab.

Wenn Scholz zuviel fliegen läßt, stinkt es gewaltig.

Weil die neue Ministerin Lehr ist, ist für die Frauen der CDU/CSU-Fraktion das Maß voll.

Rheinland-Pfalz ist Vogel-frei.

Albrecht ist ganz schön reingehasselt.

In Niedersachsen gab es Knies.

Niedersachsen geht mit (Hassel-)Mann und Mauss unter.

Wer auf Schwarz setzt, gewinnt nicht immer beim Roulette.

Töpfer taucht nicht mehr für r(h)eines Wasser: Nicht jeder R(h)einfall ist ein Naturdenkmal.

Seit Gauweiler nicht mehr AIDS ausgrenzt, hütet er Schweineställe.

Grün ist die Hoffnung, aber nicht die Zukunft.

Die grüne Alternative: Während die Mitglieder der „etablierten Parteien“ über- und untereinander streiten, machen es die GRÜNEN genau umgekehrt!

Trotz seiner Körperfülle hinterläßt Bangemann in Bonn keinerlei Lücke.

Die F.D.P. hält Steuerhinterziehung für ein Kavaliersdelikt. Adel verpflichtet.

**4.) Ereignisse und Beurteilungen**

---

Gorbatschow ist von entwaffnender Stärke.

Der Kreml: Garantiert Rust-frei.

Gorbatschow hat unser Feindbild geklaut. Wer liefert ein neues?

Aussiedler sind ehemalige Einsiedler in einer fremden Kultur.

Jenninger machte sich bei den Deutschen unbeliebt, weil er eine Philipp-ika hielt.

**5.) Der Autor**

---

Ein wenig versprechender Politiker.

(-/22.12.1988/rs/ks)

---

In eigener Sache:

Betrifft: Weihnachten 1988 / Erdbebenhilfe Armenien

---

In den vergangenen Jahren haben wir einem Kreis von uns freundschaftlich verbundenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SPD-Pressedienste/PPP zum Jahresabschluß als Dankeschön kleine Aufmerksamkeiten unter den Weihnachtsbaum gelegt. Wir sind sicher, mit Ihrem Einverständnis rechnen zu können, wenn wir 1988 von dieser Praxis absehen und statt dessen den üblicherweise für Weihnachtspräsente aufgewendeten Betrag an die Erdbebenhilfe Armenien überweisen.

Redaktion und Verlag der SPD-Pressedienste/Parlamentarisch-Politische Pressedienste (PPP) wünschen frohe Weihnachten und ein gutes Jahr 1989.

---